Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigeblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägerlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Rpf. Alles weitere über Nachlaß usw. laut aufliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigen-Annahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachlaßanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.

Postscheckkonto: Dresden 15488. Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Rühle, Inh. Georg Rühle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: 551. — Fernruf: 231.

Nummer 89 — Dienstag, den 2. August 1938 — 37. Jahrgang

Helft in der Ernte!

Ein Aufruf des Gauleiters

Das Gaupresseamt teilt mit: Gauleiter Martin Mutschmann hat anläßlich der Einbringung der Ernte folgenden Aufruf erlassen:

Eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen des zweiten Vierjahresplanes ist die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle.

Der nimmermüde Bauer hat in rastloser Arbeit die Vorbereitungen für eine gute Ernte geschaffen. Der Erfolg seiner Arbeit steht jetzt draußen auf den Feldern und harrt der Einbringung. Leider wird die Zahl derer, die dem Bauern bei seiner schweren Arbeit Hilfe leisten, immer kleiner.

Ich fordere daher alle Partei- und Volksgenossen in Sachsen auf, aus freiem Entschluß ihre Arbeitskraft der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Einbringung der wertvollen Ernte ist gefährdet, wenn dem Bauern nicht genügend Helfer zur Verfügung stehen. Erklärt Euch bereit, Eure Freizeit oder Euren Urlaub für das gemeinnützige Werk zu opfern.

Dieser Aufruf geht vor allem an diejenigen, die in ihrem Berufsleben am Schreibtisch oder irgendwie in den Bürostuben tätig sind. Die Arbeit draußen in der Landwirtschaft ist gesunder Ausgleich für die sonstige Lebensweise. Bedenkt, Partei- und Volksgenossen, daß Ihr mit Eurer tatkräftigen Hilfe Euch selbst und Euren Mindern nützt! Der Bauer schafft nicht für sich allein, sondern für das ganze deutsche Volk Nahrung und Brot! Diese gemeinsame Arbeit bringt gleichzeitig eine kameradschaftliche Bindung zwischen Stadt und Land.

Alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, die ihre Hilfsbereitschaft für die Ernteeinbringung durch die Tat beweisen wollen, melden dies sofort ihrem zuständigen Ortsgruppenleiter der NSDAP. Dieser vereinbart und regelt den Einsatz der Helfer mit dem zuständigen Ortsbauernführer. In den Stadtkreisen sammelt der Kreisleiter die Meldungen seiner Ortsgruppenleiter und regelt den Einsatz der Hilfskräfte mit dem Kreisbauernführer.

Auf zur Tat! Jeder soll beweisen, daß nur durch gemeinsame Arbeit das große Werk des Führers weitergetragen werden kann.

Noch zahlreiche Sachsensiege

Sachsen — einer der erfolgreichsten Gaue

Der Wettkampfbetrieb der letzten Tage des Hochfestes der deutschen Leibesübungen brachte für den Gau Sachsen auf vielen Gebieten noch viele Erfolge, so daß man, im ganzen gesehen, Sachsen als einen der erfolgreichsten Gaue ansehen kann.

Reichsminister Dr. Frick

besuchte „Sachsen am Werk"

Auf der Durchreise von Schlesien nach Bayern traf Reichsminister Dr. Frick mit seiner Gattin und dem Gauleiter Krebs am Montag zu einem Besuch der Ausstellung „Sachsen am Werk" in Dresden ein. In der Begleitung von Staatsminister Dr. Fritsch, Ministerialdirektor Sahr und SA.-Obergruppenführer Scheymann wurden die Gäste im Ausstellungsgelände von Ministerialrat Nunz, Regierungsdirektor Graefe, Präsident Wohlfahrt, Bezirksleiter Ruck und Ausstellungsleiter Demmer begrüßt.

Der Rundgang begann bei den Hallen der NSDAP., für die der Reichsminister regstes Interesse bekundete. In der Schaugruppe „Heimat" wurden vor allem die lebendige Darstellung des Gauamtes für Kommunalpolitik und die vom Heimatwerk Sachsen ausgestalteten Räume der fünf sächsischen Volkstumsbezirke eingehend besichtigt. Ebenso fand das Lausitzhaus die besondere Beachtung des Reichsministers. Die Klöppelmädel des Erzgebirgshauses erfreuten Dr. Frick und seine Begleiter durch einige schlichtfröhliche Lieder. Dann begann der Rundgang durch die vielgestaltigen Hallen der Wirtschaft, wo der Reichsminister immer wieder seine Bewunderung über die hochklassigen und geschmackvollen Erzeugnisse Sachsens zum Ausdruck brachte. In der Halle „Elektrizität" ließ er sich das künstliche Gewitter der einhalb Millionen-Volt-Hochfrequenzanlage vorführen. Mit Worten höchster Anerkennung verließen die Gäste nach mehr als zwei Stunden das Ausstellungsgelände.

Vor seiner Weiterreise sandte Reichsminister Dr. Frick an Reichsstatthalter Martin Mutschmann nach Radonmbad Oberschlema folgendes Telegramm: „Nach dem Besuche der glänzenden Ausstellung „Sachsen am Werk" sende ich Ihnen mit den besten Wünschen auf volle Genesung herzliche Grüße. Heil Hitler!

Reichsminister Dr. Frick."

Beginn der Volkswagen - Sparaktion

Auf einem Betriebsappell gab Reichsorganisationsleiter Dr. Ley über den Kauf des Volkswagens folgendes bekannt: Am 1. August beginnt die große Sparaktion für den Volkswagen „Kraft durch Freude". Hiermit verkünde ich folgende Bedingungen: 1. Jeder Deutsche ohne Unterschied der Klassen des Standes und des Besitzes kann Käufer der Volkswagens werden. 2. Die niedrigste Sparrate einschließlich Versicherung beträgt pro Woche 5 RM. Die regelmäßige Einhaltung der Sparrate garantiert nach einer noch festzusetzenden Frist den Erwerb eines Volkswagens. 3. Die Anmeldung zur Sparaktion des Volkswagen geschieht bei allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront und „Kraft durch Freude", bei denen weitere Einzelheiten zu erfahren sind. Die Betriebe können Sammelbestellungen aufgeben.

Verewigung des Unrechts!

Prags Nationalitätenstatut geht an der Grundlage vorbei
Die Broschüre der Sudetendeutschen Partei

Die Sudetendeutsche Partei hat Montag abend die am 28. Juli 1938 vom Abgeordneten Ernst Kundt angekündigte Broschüre veröffentlicht. Der erste Teil enthält den Text der am 30. Juni 1938 der Sudetendeutschen Partei vorgelegten Regierungsvorschläge (das sog. Nationalitätenstatut) mit vergleichender Gegenüberstellung der bisher für die gleichen Sachgebiete geltenden Rechtsvorschriften. Der zweite Teil enthält eine juristische Kritik dieser Regierungsvorschläge.

Weder der erste noch der zweite Teil bezieht sich auf jene Regierungsvorschläge, die als Vorschläge zur sog. „Selbstverwaltung" bezeichnet werden, da diese Vorschläge noch nicht veröffentlicht und auch noch nicht zur Gänze und endgültig der Sudetendeutschen Partei überreicht worden sind. Die Sudetendeutsche Partei legt Wert auf die Feststellung, daß durch diese Veröffentlichung einer politischen Stellungnahme der Partei in keiner Weise vorgegriffen werden soll.

Einseitig zugunsten der Tschechen

In dem Vorwort zur Broschüre heißt es u. a.: „Die im ersten Teil enthaltene Gegenüberstellung der Regierungsvorschläge vom 30. Juni mit den bisher für die gleichen Sachgebiete geltenden Rechtsvorschriften ist deshalb geeignet, in die Problematik der Regierungsvorschläge einzuführen, weil sich nur mittels einer solchen bis ins einzelne gehende Uebersicht feststellen läßt, daß die bisherigen Vorschläge der Regierung keine bemerkenswerte formale, noch viel weniger aber eine materielle Verbesserung der bisherigen Rechtsstellung der nichttschechischen Völker und Volksgruppen darstellen.

Vielmehr ist der Versuch zu erkennen, die auf einigen Gebieten bisher einseitig zugunsten des tschechischen Bevölkerungselements gehandhabte Praxis nunmehr unter dem Titel einer Nationalitäten-Rechtsordnung auch für die Zukunft zu legalisieren. Einige der „Neuerungen" sind darüber hinaus mit besonderer Sorgfalt bestrebt, die bevorzugte Stellung der seit 1918 in die nichttschechischen Gebiete hineingeschobenen Tschechen gesetzlich zu sichern, obwohl der eigentliche Sinn des ganzen Gesetzgebungswerkes doch die Gewährleistung einer besseren und zulänglicheren Rechtsordnung für die bisher benachteiligten nichttschechischen Völker und Volksgruppen sein sollte.

Unrechtszustand für die Dauer

Da der Hauptteil dieses Nationalitätenstatutes, so heißt es u. a. weiter, in der Wiedergabe bereits geltender gesetzlicher Bestimmungen besteht, muß diese Vorlage als ein Versuch aufgefaßt werden, einen Unrechtszustand zu verewigen.

Ueberblickt man die bisher vorgelegten Bestimmungen des Nationalitätenstatuts, so ergibt sich, daß mit Ausnahme der rechtlich unverbindlichen Verheißung einer Regierungsobsorge für den nationalen Frieden der ganze Aufbau des Nationalitätenstatuts und die darin enthaltenen Regelungen auch weiter grundsätzlich von dem Gedanken des tschechischen Nationalstaates ausgehen, das heißt also, das tschechische Volk soll das Staatsvolk bleiben und die übrigen Völker und Volksgruppen nur ein Recht zweiter Ordnung besitzen. Dies ist mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung sowohl der Staatsbürger als auch der Völker und Volksgruppen natürlich vollkommen unvereinbar.

Im wesentlichen ist der vorliegende Teil des Nationalitätenstatuts nichts anderes als eine Kodifizierung schon bestehender gesetzlicher Regelungen. **Damit sieht man aber an der Grundfrage vorbei, die darin besteht: Wie kann durch eine grundsätzliche Neugestaltung des Staates und aller seiner Einrichtungen jener Zustand herbeigeführt werden, der die wahre Gleichberechtigung der Völker und Volksgruppen verbürgt und damit einen ständigen Unruheherd in der Mitte Europas beseitigt? Auf diese Frage wird man in den Nationalitätenentwürfen der Regierung vergeblich eine Antwort suchen. Daher bedeutet dieses Nationalitätenstatut eine neuerliche Verhinderung der Verwirklichung dieser Zielsetzung trotz theoretischer Aufgabenstellung und ein weiteres Festhalten an der verderblichen Idee vom tschechischen Nationalitätenstaat.**

Merkwürdiger Friedensbeitrag

Die tschecho-slowakische Regierung hat weiter in aller Oeffentlichkeit ein neues Sprachengesetz als Verfassungsgesetz angekündigt. Der nunmehr vorliegende Entwurf hierzu läßt es unerfindlich erscheinen, warum dieser Entwurf als neues Sprachengesetz bezeichnet wird. Er beinhaltet bis auf einige geringfügige Abänderungen, Zusätze oder Umstellungen sogar dem Wortlaut nach nichts anderes als das bisherige Sprachengesetz zuzüglich einiger Bestimmungen der bisherigen Durchführungsverordnung, die sich äußerst nachteilig für die nichttschecho-slowakischen Volksgruppen ausgewirkt hat.

Ein Entwurf, der angeblich die Gleichberechtigung der Völker und Volksgruppen mit herbeiführen soll, in Wirklichkeit aber eine ganz krasse Sprachenrechtsverkürzung zur Folge hat, kann nur als merkwürdiger Beitrag zur Herstellung des Friedens in diesem Staat bezeichnet werden.

Die Broschüre der Sudetendeutschen Partei **kommt** zu dem Schluß, man könne aus all dem nur auf die tschechische Absicht schließen, mit den bisherigen Regierungsvorlagen vor der Weltöffentlichkeit den Eindruck erwecken zu wollen, als würde ein bedeutsamer Schritt zur nationalen Befriedung getan. Die eingehende Kritik der Regierungsentwürfe durch diese Broschüre wird demgegenüber ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie kann den Beobachtern des tschecho-slowakischen Nationalitätenproblems nur dringend zum eingehenden Studium empfohlen werden.

Die sowjetrussischen Luftangriffe

Von der Presseabteilung des koreanischen Hauptquartiers in Keijo wird eine zusammenfassende Meldung über die mißglückten sowjetrussischen Fliegerangriffe auf japanische Stellungen und militärische Grenzpunkte in Korea verbreitet. Danach flogen die Sowjetapparate Montag mittag zweimal über Changkufeng und belegten die Truppen in der vordersten japanischen Linie mit Bomben und MG.-Feuer, ohne ihnen jedoch Schaden zuzufügen. Später wurde die Brücke bei Kejo bombardiert. Bei den fünf sowjetrussischen Flugzeugen, die von den Japanern abgeschossen wurden, handelt es sich um zwei etwa vier Kilometer südlich Kogi, zwei schwere Bomber bei Sozan und einen Aparat bei Suirypo.

Das Hauptquartier in Keijo meldet ferner, daß bei den gestrigen sowjetrussischen Verlusten 37 Tote festgestellt wurden, die nach Uniform und Abzeichen dem GPU.-Grenzschutz festgestellt wurden, die nach Uniform und Abzeichen dem GPU.-Grenzschutz verschiedener Formationen angehören. Im japanischen Luftverteidigungsabschnitt West wurde für die Provinz Fukuoka in Nordkyuschu ab Mitternach erhöhte Alarmbereitschaft durch Verdunkelung angeordnet.

Die japanische Generalität trat unter dem Vorsitz des Kriegsministers zusammen, um über den sowjetrussischen Luftangriff zu beraten. Wie die Agentur Domei mitteilt, sei entschieden worden, vorläufig alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen könnte. Andererseits sei man vorbereitet und entschlossen, weiteren Provokationen der Sowjets entgegenzutreten.

Chinesische Kanonenboote vernichtet

Japanische Marineflugzeuge haben am 31. Juli trotz stürmischem Wetter erfolgreich ein schwieriges Unternehmen durchgeführt. Sie belegten drei chinesische Kanonenboote und mehr als ein Dutzend chinesische Munitionsdschunken stromaufwärts von Kiukiang mit Bomben. Die drei chinesischen Kanonenboote wurden in Brand gesetzt und strandeten. Die Dschunken gingen in kurzer Zeit brennend unter.

Japanfeindliche Verschwörung in Schanghai

Der Polizeichef der von den Japanern eingesetzten Regierung von Großschanghai ist heute zusammen mit zwanzig höheren Polizeibeamten von japanischen Gendarmen verhaftet worden. Die Verhafteten werden verdächtigt, insgeheim eine Rebellion gegen die Regierung von Großschanghai anzuzetteln und mit den chinesischen Freischärlern gemeinsame Sache zu machen.